

Landesgartenschau auf dem Prüfstand?

Bewirtschaftungsverfügung in Höxter: SPD befürwortet Großevent, FDP möchte Finanzierung klären

Höxter (WB/dp). SPD und FDP äußern sich in Stellungnahmen zu dem Erlass einer Bewirtschaftungsverfügung in Höxter. Im Blickpunkt steht auch die Finanzierung der Landesgartenschau 2023, die die Stadtverwaltung weiterhin befürwortet, aber auch auf die Entscheidungshoheit des Rates verweist.

„Dass sich die Corona-Folgen auch auf die Einnahmesituation der Stadt auswirken werden, verwundert genauso wenig wie die Aufforderung der Stadtverwaltung an die Politik, das ambitionierte Investitionsprogramm zu kürzen. Nur machen es sich Kämmerer und Bürgermeister dabei

nicht etwas sehr einfach, den Rotstift ausschließlich dem Rat in die Hände zu legen? Hat die Verwaltung nicht auch in dieser Situation die verpflichtende Aufgabe, die Kommunalpolitik zu beraten, Empfehlungen auszusprechen und die Folgen etwaiger Kürzungsentscheidungen aufzuzeigen?“, fragen die SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Andrea Giesberts und Dr. Olaf Peterschröder. Investitionskürzungen seien unangenehm, müssten bei Bedarf aber getroffen werden – und zwar möglichst im Einvernehmen zwischen Rat und Verwaltung. Die Landesgartenschau dabei „einzudampfen“ oder abzusagen, wäre

nach Ansicht der SPD jedoch ein großer Fehler – vielmehr müsse man das „Kultur- und Konjunkturprogramm“ Landesgartenschau in den Vordergrund stellen. Sie sei ein „Investitionsprogramm“ mit nachhaltig positiven Folgen für die Stadt.

Der FDP-Stadtverband befürwortet derweil die Bewirtschaftungsverfügung und sieht die Realisierung der geplanten Großprojekte als gefährdet an. Die Liberalen halten es deshalb für sinnvoll, zunächst die Vorhaben festzulegen, die auf jeden Fall realisiert werden sollten – und führen beispielsweise das Hallenbad oder den Anbau der Petri-Schule

auf. „Die weiteren Projekte wären auf eine Prioritätenliste zu setzen, die allein nach Dringlichkeit, Erfordernis und Kosten zu beurteilen sind“, sagt Stadtverbandsvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Knopf. Die FDP sei grundsätzlich für die Landesgartenschau – dennoch müsse zunächst geklärt werden, ob sie noch zu finanzieren sei.

„Die Verwaltung hat bisher nicht angedacht und auch nicht vorgeschlagen, die Landesgartenschau ‚einzudampfen‘ oder abzusagen. Die positiven Auswirkungen und Effekte für die Infrastruktur werden uneingeschränkt bejaht“, teilte Stadtsprecher Sebastian Vogt auf Anfrage mit. Die LGS

sei ein Strukturförderprogramm und gleichzeitig Motor für eine nachhaltige Stadtentwicklung, das Stadtmarketing und den Tourismus. Sie erlaube den Zugriff auf wichtige Förderprogramme und könne die Gestaltung als auch die Attraktivität der Stadt nachhaltig verbessern. Es bleibe jedoch festzuhalten: „Die Entscheidungshoheit über die Umsetzung nicht nur dieses, sondern aller Projekte liegt letztendlich beim Rat.“ Der habe das Sanierungs- und Investitionspaket mit einem Umfang von mehr als 35 Millionen Euro für die nächsten Jahren verabschiedet und habe nun als Budgetgeber die bestimmende Schlüsselrolle.